

Wochenendausgabe, 22. September 2007 | Wirtschaft

370 Windkraftanlagen vor MV-Küste geplant

Husum/Schwerin (dpa/ddp) Bei der Stromerzeugung durch Windenergie setzt Mecklenburg-Vorpommern künftig vor allem auf den Bau sogenannter Offshore-Anlagen. Vor der Küste des Landes sollen nach Angaben von Bauminister Otto Ebnet (SPD) in den nächsten Jahren insgesamt 370 Windräder gebaut werden. 261 Anlagen in vier Windparks seien bereits genehmigt, weitere 109 befänden sich in „konkreter Planung“, sagte Ebnet gestern auf der Messe „HUSUMwind“ in Husum (Schleswig-Holstein). Die Windenergie decke bereits 34 Prozent des Strombedarfs von MV, so ein Ministeriumssprecher.

Die genehmigten Windparks vor dem Darß und vor Rügen haben nach Ebnets Worten den besonderen Vorteil, dass sie über die Einspeisungspunkte Rostock und Lubmin gut angeschlossen sind.

„Offshore-Windanlagen bieten große Chancen für Mecklenburg- Vorpommern“, sagte der Minister. An Land stehen bereits über 1200 Windenergieanlagen, die zusammen 1250 Megawatt ins Netz einspeisen. MV gehöre bei der Windenergienutzung zu den führenden Bundesländern.

Die als Leitmesse der Windenergiebranche geltende „HUSUMwind“ 2007 ist gestern nach fünftägiger Dauer zu Ende gegangen. Nach Veranstalterangaben kamen 20 Prozent mehr Aussteller und 30 Prozent mehr Besucher als bei der vorangegangenen Messe. Insgesamt wurden 640 Aussteller aus 30 Ländern und rund 18 000 Besucher aus 40 Nationen gezählt. Der Messe-Geschäftsführer Hanno Fecke äußerte die Erwartung, dass die Attraktivität der weltweit größten Messe der Windindustrie weiter steigen werde.

Wochenendausgabe, 22. September 2007 | Ostvorpommern

3. Änderung des B-Planes wird ab 15. Oktober ausgelegt

Lubminer Heide Der Zweckverband „Lubminer Heide“ hat am Donnerstagabend mehrheitlich den Entwurf zur Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung für die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr.1 „Industrie- und Gewerbegebiet Lubminer Heide“ verabschiedet. Zwei Verbandsvertreter stimmten gegen den Beschlussentwurf. Nach OZ-Informationen soll das Dokument ab dem 15. Oktober sowohl in der Diensträumen des Zweckverbandes als auch im Amt Lubmin ausgelegt werden. Der Entwurf wird dann von den Behörden auf Richtigkeit überprüft. Andererseits können Änderungsanträge von Personen und Organisationen eingebracht werden.

Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 steht im engen Zusammenhang mit dem geplanten Bau eines möglichen Steinkohlekraftwerkes im Bebauungsgebiet. Die bisherigen Planungen ließen Bauhöhen von über 20 Meter bislang nicht zu, deshalb soll der Bebauungsplan verändert werden. Allein der Keselhäuser des geplanten Kraftwerkes sollen 120 Meter hoch werden.

ST. BR.

Montag, 24. September 2007 | Titelseite

Experten aus MV bauen bei Murmansk Atommüll-Lager

Lubmin (dpa) Deutsche Experten bauen ein nukleares Entsorgungszentrum in der Nähe der russischen Stadt Murmansk. Die Energiewerke Nord (EWN) in Lubmin bei Greifswald haben einen entsprechenden 300-Millionen-Euro-Auftrag erhalten, wie der Vize-Projektleiter der EWN, Detlef Mietann, sagte. Das Entsorgungszentrum sei für schwach- und mittelradioaktive Abfälle gedacht. Bis 2014 soll ein komplettes Zwischenlager mit Lagerhallen sowie Dekontaminations- und Zerlegeeinrichtungen ähnlich dem Zwischenlager Nord in Lubmin entstehen. Das Vorhaben sei für Russland ein „Quantensprung“ bei der Entsorgung von Atommüll, sagte Mietann.

Die Kola-Halbinsel mit Murmansk gehört zu den am stärksten mit Atommüll belasteten Regionen Russlands. Seit 2003 helfen EWN-Spezialisten bei der Beseitigung der Altlasten, vor allem von 186 ausgemusterten Atom-U-Booten u. a. Atom-Schiffen.

hier ein link zum weiterleiten/veröffentlichung auf der homepage.

widerstand gegen das kokawe in hh-moorfleet.

viele grüße,

m.

[http://www.hamburg.nabu.de/m05/m05\\_04/07139.html](http://www.hamburg.nabu.de/m05/m05_04/07139.html)

Dienstag, 25. September 2007 | Ostvorpommern

Gemeinderat tritt zusammen

Seebad Lubmin Zur nächsten Gemeindevertreterversammlung lädt morgen Abend um 19 Uhr Bürgermeister Dr. Klaus Kühnemann ein. Auf der Tagesordnung steht erneut ein Beschlusssentwurf zum Austritt der Gemeinde Lubmin aus dem Zweckverband „Lubminer Heide“.

Mittwoch, 26. September 2007 | Titelseite

Kraftwerk Lubmin fällt kleiner aus

Lubmin (OZ/dpa) Nach der Kritik an Plänen zum Bau eines Steinkohlekraftwerks in Lubmin (Ostvorpommern) hat der dänische Investor reagiert. Der Projektleiter von Dong Energy, Peter Gedbjerg, sagte gestern, dass das Kraftwerk kleiner werde. Die Höhe für die Kesselhäuser solle 85 statt 120 Meter betragen. Der Schornstein soll von 150 auf 110 Meter reduziert werden. Diese Bonsai-Ausgabe seines Kraftwerks hält Gedbjerg für genehmigungsfähig.

„Damit reagieren wir auf den Wunsch, niedrigere Gebäude zu errichten.“ Bis Freitag würden die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren im Wirtschaftsministerium eingereicht. Statt 1,5 Milliarden Euro plant Dong nun, zwei Milliarden zu investieren.

Bei Kritikern des Kraftwerks stoßen die Ankündigungen nicht auf positiven Widerhall. Klaus Kühnemann, parteiloser Bürgermeister des Seebades Lubmin, sagte gestern: „Das ändert nichts an unserer Ablehnung. Wenn der Schornstein niedriger wird, werden die Emissionen, die am Boden ankommen, höher.“ Außerdem liege Dong Energy immer noch über der auf dem Gelände laut Bebauungsplan zugelassenen Maximalhöhe von 20 Metern. Kritik an den Dong-Plänen kommt nach der Modifizierung auch vom umweltpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gottfried Timm. Wirtschafts- und Tourismusminister Jürgen Seidel (CDU) hingegen hat seine Unterstützung für das Kohlekraftwerk bekräftigt. Seidel will MV zu einem „Energie-Exportland“ machen.

Mittwoch, 26. September 2007 | Hansestadt Rostock

Studenten sind Meister im Stromsparen

Südstadt. Die Rostocker Studenten setzen Zeichen gegen den Klimawandel: Sie sind beim Stromsparen deutschlandweit an der Spitze. Bei einem Vergleich von mehr als 50 Studentenwohnheimen mit zusammen mehr als 10 000 Bewohnern in der ganzen Bundesrepublik lagen die Hansestädter gleich in zwei von drei Kategorien ganz vorn, wie das Deutsche Studentenwerk gestern in Berlin mitteilte. Ein Wohnheim in der Erich-Schlesinger-Straße konnte seinen Stromverbrauch innerhalb eines Jahres um 18 Prozent senken. Das bedeutete in der Kategorie Wohnheime mit mehr als 150 Plätzen den ersten Platz und 1500 Euro Siegpriämie. Ein Wohnheim in der Max-Planck-Straße sparte sogar 24 Prozent und bekam für den Sieg in der Kategorie 51 bis 150 Bewohner 750 Euro. Die Studenten erreichten die Einsparungen laut Studentenwerk durch den Einsatz von Energiesparlampen, das komplette Ausschalten von elektrischen Geräten, die nicht gebraucht werden und einen sparsamen Gebrauch von warmem Wasser. Der Wettbewerb wurde vom Studentenwerk gemeinsam mit der Deutschen Energie-Agentur GmbH im Rahmen der Initiative Energie-Effizienz ausgelobt. Der ersten Platz in der Kategorie 25 bis 50 Bewohner und damit einen Preis von 250 Euro holte sich ein Wohnheim in Iserlohn (Nordrhein-Westfalen) mit 13 Prozent Stromersparnis. dpa

Mittwoch, 26. September 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Fast 30 Prozent der Landesfläche werden Vogelschutzgebiet

Schwerin (dpa) MV wird 29,7 Prozent seiner Landesfläche und damit drei Mal mehr als der Durchschnitt der Bundesländer als Vogelschutzgebiete ausweisen. Das hat das Kabinett beschlossen, wie Umweltminister Till Backhaus (SPD) mitteilte. Mit der Meldung von 920 300 Hektar an die EU-Kommission werde das Land seiner Verantwortung als international bedeutsames Vogelrast- und -brutgebiet gerecht und leiste seinen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt, sagte der Minister. Zugleich kündigte er an, sich um einen sogenannten grünen Finanzausgleich unter den Bundesländern zu bemühen. Immerhin halte das Land Flächen für Arten vor, die es anderswo nicht mehr gebe.

Backhaus sagte, die Schutzgebiete würden bis zum Jahresende nach Brüssel gemeldet. Die 29,7 Prozent seien mehr als doppelt so viel wie bei der ersten Ausweisung von Natura-2000-Gebieten 1992. Der damalige Umfang bundesweit sei von der EU-Kommission bemängelt worden, 2001 sei eine Nachbesserung gefordert worden. Diese habe sich bis jetzt hingezogen. Er hoffe, dass MV damit der angedrohten Strafzahlung entgehe. In einem Klageverfahren der EU gegen Deutschland seien 800 000 Euro Strafe pro Tag angedroht, sollte keine ausreichende Gebietsausweisung erfolgen.

Nach dem Anhörungsverfahren zu den Schutzgebieten sind zu den ursprünglich vorgesehenen Flächen weitere 16 000 Hektar hinzugekommen.

Mittwoch, 26. September 2007 | Wirtschaft

Industrie: Klimaschutzziele nur mit Atomkraft erreichbar

Berlin (dpa) Ein drastischer Abbau des Kohlendioxid-Ausstoßes zum Klimaschutz ist laut Industrie nur mit einer längeren Nutzung der Atomkraft machbar. „Eine Reduzierung der Treibhausgase über 31 Prozent hinaus ist ohne Beibehaltung der Kernenergie wirtschaftlich nicht darstellbar“, besagt eine Studie des Industrieverbandes BDI und der Unternehmensberatung McKinsey, die gestern in Berlin vorgestellt wurde. Die Bundesregierung will bis 2020 den Ausstoß des Klimakillers CO<sub>2</sub> um 40 Prozent reduzieren. Nach dem Atomgesetz sollen um 2020 herum die letzten Kernkraftwerke vom Netz gehen. SPD, Grüne und Umweltverbände übten Kritik an der Studie. Lob kam von Union und FDP, die eine offene Debatte über längere Atomzeiten forderten. So könne das Klima jährlich um Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zusätzlich entlastet werden. Für die Industrie liegt die Schmerzgrenze bei einem CO<sub>2</sub>-Abbauziel von rund 30 Prozent.

Stadt sollte sich Beispiel an Privatinvestor nehmen

Zum Beitrag „Eckhaus braucht keine Energie von außen“ (OZ vom 25.9.) merkt Dr. Ulrich Rose aus Greifswald an: Ein Privater investiert gern ein paar Euro mehr, wie der Artikel sagt, um ein voll energiesparendes Haus zu bauen. Die Stadt Greifswald ist dagegen nicht einmal in der Lage, für ein Haus, das noch in der Planung ist (das Multifunktionsgebäude in Schönwalde), die Installation einer Solaranlage auf dem Dach vorzubereiten. Auch die Bürgerschaft ist nicht dazu in der Lage, sich gegenüber einer trägen Verwaltung und einem unfähigen Planer durchzusetzen. Sie sollte sich ein Beispiel an dem Privaten nehmen in Hinsicht auf die Verwendung öffentlichen Geldes!

Sehr geehrter Herr Weitach,

Google verriet mir, dass Ihre Bürgerinitiative meinen Artikel über Schleswig-Holsteins größten Kohle-Fan Dietrich Austermann offenbar so interessant fand, dass er in Ihren Pressespiegel Eingang fand. Das führte mich auf Ihre Internetseite und brachte mich auf die Idee, Sie auf mein vor kurzem erschienenes Buch über Klimawandel und Klimapolitik hinzuweisen. Unter <http://www.wolfgangpomrehn.de/klima/Inhaltsverzeichnis%20Buch.html> finden Sie das Inhaltsverzeichnis. Unter anderem habe ich ein Kapitel den diversen Kohlplänen gewidmet und herausgearbeitet, wie schädlich diese für das Klima sind. Ich dachte mir, dass das für Ihre Bürgerinitiative von Interesse sein könnte. Bei Bedarf stehe ich gerne für Vorträge zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Wolfgang Pomrehn